



Michael Hüther

Überdross an der Wissenschaft?! Anmerkungen zur Wechselbeziehung zwischen Universität und Gesellschaft

Vortrag anlässlich des Akademischen Festaktes
der Justus-Liebig-Universität Gießen am 30. November 2018

„Das größte Rätsel des ausgehenden Jahrhunderts ist und wird vielleicht bleiben der wachsende Überdross an der Wissenschaft.“¹

Sehr geehrter Herr Universitätspräsident,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Sehr geehrte Preisträgerinnen und Preisträger!

Die bedeutungsschwere Formulierung „Überdross an der Wissenschaft“ mag Ihnen unpassend vorkommen, jedenfalls am höchsten Feiertag der Universität, der der Würdigung wissenschaftlicher Exzellenz gilt, und als Einstieg in die Festrede. Das Zitat ist indes von gut beleumundeter Herkunft, es stammt vom Philosophen Hans Blumenberg, der von 1960 bis 1965 hier in Gießen seinen ersten Lehrstuhl innehatte. Auf seinen Spuren möchte ich beginnen.

Dilemmata der Wissenschaft

Blumenberg macht uns, ganz unabhängig von der zeitbezogenen Motivation und Bedingtheit seiner Aussage, auf Dilemmata aufmerksam, die sich für die Wissenschaft durch ihre Verknüpfung grundsätzlich als prägend erweisen. Es sind Dilemmata, die seitdem nicht an Bedeutung verloren, sondern gerade in dem letzten Jahrzehnt an Bedeutung gewonnen haben. Dazu tragen auf der einen Seite gesellschaftliche Verwerfungen, politische und ökonomische Krisen bei und auf der anderen Seite neue normative Funktionszuschreibungen für die Universität im Sinne der „transformativen Wissenschaft“. All dies richtet den Blick erneut und dringlich auf die Wechselbeziehung von Universität und Gesellschaft,² auf die Frage, was die Universität der Gesellschaft geben kann, und was diese von ihr verlangt bzw. verlangen kann. Darum soll es

im Weiteren im Kern gehen. Beginnen wir mit den Dilemmata.

(1) Da ist erstens das Dilemma des absoluten Wahrheitsanspruchs der Wissenschaft bei nur unvollkommener Erfüllbarkeit. *„Wahrheit als Ziel höchsten Ranges, als absolutes und in unserer Tradition letztinstanzlich mit der Gottheit identisches Gut“* – so Blumenberg – *„ist als Argument tot. ... Einsame Redner in abgelegenen akademischen Festakten sagen es verschüchtert noch zuweilen, die Wissenschaft habe sich der Wahrheit verschworen“*.³ Eigentlich selbstverständlich – und doch: Statt es in abgelegenen Festakten zu hören, lesen wir es aktuell in den Lebenserinnerungen eines bekannten Ökonomen. Für ihn sei es nicht nur um *„einen aufregenden Kampf um die wissenschaftlich fundierte Wahrheit“* gegangen, vielmehr *„galt es dann, als er die Wahrheit gefunden hatte, ...“*

die Deutungshoheit zu behalten“.⁴ Dagegen würde es Blumenberg, dem ich mich anschließe, halten wie das Bundesverfassungsgericht, das mit einem Humboldt-Zitat Wahrheit als „etwas noch nicht ganz Gefundenes und nie ganz Aufzufindendes“ versteht.⁵ Die Vorläufigkeit allen Wissens verlangt Demut gegenüber dem Streben nach der Wahrheit, das mit der Erzeugung des Zweifels seinem Anspruch genügt.

(2) Da ist zweitens das Dilemma, das sich aus der Unbestimmtheit wissenschaftlichen Bemühens für den Betrachter ergibt. Denn die Dringlichkeit weiterer Forschung resultiert angesichts ihres erreichten Standes augenscheinlich immer weniger aus evidentem Problemlösungsbedarf. Der Sinn wissenschaftlichen Bemühens selbst bedarf der Reflexion. Am deutlichsten wird das derzeit beim Thema „Künstliche Intelligenz“, wo die Sorge besteht, dass wir uns letztlich dem Computer und seinem Algorithmus unterwerfen. Der Philosoph Markus Gabriel hat in seinem jüngsten Buch nicht nur überzeugend diese Sorge als Irrtum identifiziert, sondern den steigenden Bedarf geisteswissenschaftlicher Forschung und Aufklärung als Antwort benannt.⁶ Die Befähigung zum „Denken ohne Geländer“ – so die wunderbare Formulierung von Hannah Arendt – bewahrt uns vor unnötiger Sorge, wenn wir uns der darin liegenden Selbstverantwortung bewusst sind.

(3) Und da ist drittens das Dilemma, das sich in den verschiedenen Disziplinen zwar unterschiedlich, aber doch immer unvermeidbar stellt, nämlich die Normativität der Wissenschaft. Gerade in jenen Disziplinen, die – wie die Wirtschaftswissenschaft – sich mit dem sozial bedeutsamen Handeln des Menschen befassen, ist dies evident und wurde zuletzt öffentlich durch Forderungen nach einer „Pluralen Ökonomik“. In einem Streitgespräch in der Wirtschaftswoche reagierte auf entsprechende Kritik ein Kollege mit dem Hinweis, dass „die Modelle ... dank ihrer mathematischen Unterlegung ideologiefrei“⁷ seien. Nun: Die Mathematik eröffnet der Ökonomik sicher einen Weg, Probleme präzise und konsistent nach den Regeln der Logik zu durchdringen. Doch die An-

wendung der Mathematik ist weder voraussetzungslos noch umfassend möglich, und sie erspart uns Werturteile nicht, wie das für die Theoriebildung unverzichtbare für ein Menschenbild.

Diese Dilemmata – das Dilemma der nicht erreichbaren absoluten Wahrheit, das Dilemma der wissenschaftlichen Unbestimmtheit, das Dilemma der unvermeidbaren Normativität – begründen Überdruß an der Wissenschaft. Die damit jeweils einhergehende Überforderung führt zu Vertrauensverlusten und Abstoßreaktionen. Diese erweisen sich in unseren Zeiten als besonders schwerwiegend, denn sie treffen mit zwei bedeutsamen Trends politischer und gesellschaftlicher Veränderung zusammen: die Moralisierung und die Ökonomisierung.

- Dem Überdruß an der Wissenschaft wirkt einerseits die *Moralisierung* entgegen, indem sie die zulässigen Fragen und die Gestaltung der akzeptablen Ergebnisse an die Werturteile Dritter bindet, die selbstermächtigt die Diskursivität beanspruchen.
- Dem Überdruß an der Wissenschaft wirkt andererseits die *Ökonomisierung* entgegen. Durch effizienten, marktgetriebenen Wettbewerb um finanzielle Ressourcen übernehmen Märkte die Programmdefinition der Wissenschaft. Maßgeblich würden die Präferenzen und die Zahlungsbereitschaft der Nutzer.

Irrlichter in der Tendenzwende

Beides sind Irrlichter, beide Wege wären bedenklich, ersterer sogar bedrohlich. Und dennoch gewinnen beide Trends an Bedeutung auch dort, wo sie originär – im Reich der wissenschaftlichen Freiheit und Autonomie – gar keine Rolle beanspruchen können. Moralisierung und Ökonomisierung sind indes prägende Entwicklungsmuster unserer Zeit, weil sie – obgleich zueinander im Konflikt stehend – scheinbar je für sich einfach und klar Antworten und Lösungen liefern, wo die Menschen, aber auch die Gesellschaft als Ganzes hadern und in tief sitzende, geradezu existentielle Konflikte verweben sind. Der Historiker Andreas Rödder verwendet zur Kennzeichnung unserer Zeit den aus den 1970er



Professor Dr. Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft.

(Foto: Rolf K. Wegst)

Jahren stammenden Begriff der Tendenzwende.⁸ In einer solchen Phase der Neuformierung steht mehr und zusammenhängend in Zweifel als gewöhnlich im Strukturwandel. Es wirken Neuerungen, Enttäuschungen, Brüche von Entwicklungen, Erosion von Gewissheiten, Unbestimmtheiten, Führungsverluste und Konflikte infolge zunehmender globaler Verflechtungen mit einer schwindenden politischen Gestaltungskraft zusammen.

Was heute gebündelt wie in einem Brennglas auf uns gerichtet ist, das verweist auf etwas Prinzipielles: Auf die Zweifel an der erfolgreichen Selbstermächtigung des Menschen, die als verheißungsvolles Versprechen mit dem Epochenwechsel vom späten Mittelalter hin zur Aufklärung in der Neuzeit für unseren Anspruch an Lebensgestaltung konstitutiv wurde.⁹ Doch die souveräne Handlungsfähigkeit des Einzelnen ist nicht voraussetzungslos: Sie setzt ein Mindestmaß an Stabilität und Beherrschbarkeit im öffentlichen Raum voraus, sie verlangt, dass die Fernbeeinflussung überschaubar bleibt und dass es Räume der Privatheit gibt, die vor Einmischung anderer und des Staates geschützt sind.

Die Sorge um die Erfüllung dieser Bedingungen ist gerade in modernen Industriegesellschaften nicht neu. So diagnostizierte für die 1920er Jahre der Soziologe und Philosoph Helmut Plessner in seinem Buch „Die Grenzen der Gemeinschaft“ denen unserer Tendenzwende vergleichbare Verwerfungen.¹⁰ Damals regte sich Unmut angesichts ökonomischen Verfalls, drückenden Maschinentums sowie sozialer Entwurzelung. Die Auswirkung war eine Abwendung von der kalt erscheinenden, anonymen Gesellschaft und eine Hinwendung zum Idol der engen, wärmenden Gemeinschaft Gleichgesinnter. Die Ökonomisierung führte hier zur Moralisierung.

Der Konflikt zwischen Moralisierung und Ökonomisierung, wie er sich in unserer jetzigen Tendenzwende manifestiert, ist bei genauerer Betrachtung nicht nur die zeitgemäße Ausprägung des Grundproblems menschlicher Existenz, das in der systematischen und fortlaufenden Enttäuschung des aufklärerischen Versprechens der Selbstermächtigung verankert ist. Doch hinzukommt, dass zum Erbe der Aufklärung nicht nur die Selbstermächtigung des Individuums ge-

hört, sondern ebenso die Verantwortung des Menschen an Stelle Gottes für das Ganze, für die Schöpfung. Der tritt selbstermächtigt in eine Verantwortung, der er nicht gerecht werden kann.¹¹ Wir stoßen dabei schnell an Grenzen der Überforderung, denn wir sind – so Hans Blumenberg, aber ebenso Odo Marquard – dem „Absolutismus der Wirklichkeit“ ausgesetzt.

Versuche, sich vom Absolutismus der Wirklichkeit zu entlasten

Der „Absolutismus der Wirklichkeit“ entspringt unserer Zeitknappheit, der Tatsache, dass Lebenszeit und Weltzeit divergieren.¹² Wenn wir anfangen, ist längst schon ein Anfang gewesen, und wenn wir verschwinden, ist noch lange keine Ende in Sicht. Die Bewusstmachung dieser Divergenz in der Neuzeit hatte dazu geführt, dass der Mensch nicht mehr nur der Verlorenheit im Raum, sondern ebenso der „Verlorenheit in der Zeit“ ausgesetzt ist.¹³ Die Kürze und Vergänglichkeit unseres Daseins macht uns klein und inkompetent in dieser Welt. Dem Absoluten versuchen wir zu entgehen, indem wir uns durch Teilbeherrschung der Lebenswelt dazu Distanz verschaffen, indem wir Entlastung vom Absoluten suchen.

Die Distanz mittels teilweiser Kompetenzgewinnung dazu erarbeitet der Mensch sich durch Anstrengungen. Diese Anstrengungen zielen einerseits darauf, die konkrete Lebenswelt gestalterisch in den Griff zu bekommen. Sie sind andererseits darauf gerichtet, der Verantwortung für diese Welt wenigstens ansatzweise Rechnung tragen zu können. Beiden Zwecken dienen Wissenschaft, Technik und jede Form der rationalen Gestaltung des öffentlichen Raums. Beiden Zwecken dienen ebenso Moral, Trivialorientierungen, Vorurteile und Mythen – kurz: Erzählungen und Geschichten. Blumenberg verortet Mythen keineswegs nur antiaufklärerisch und vormodern, sondern als wichtige „Arbeit am Abbau des Absolutismus der Wirklichkeit“, indem „der Schrecken des Unbekannten und der Übermächtigkeit“ der Welt verarbeitet wird und so trotz allem in dieser Welt Vertrautheit für den Menschen entstehen kann.¹⁴ Mythen und Erzählungen sind also

nichts anderes als der Versuch, selbst in unserem Zeitalter der Machbarkeit mit der prinzipiellen Begrenztheit unseres Tuns zurechtzukommen und Entlastung vom Absoluten zu finden.

Der Bedarf an Mythen, an Metaphern, an Anekdoten, an verbindenden und einordnenden Erzählungen, die den lebenspraktischen Umgang mit der Kontingenz der Wirklichkeit ermöglichen, gewinnt in unserer Zeit noch eine weit größere Bewandnis als je zuvor. Denn zentrale Treiber des Strukturwandels unserer Öffentlichkeit und unserer Lebenswirklichkeit – die ökonomische Globalisierung und die digitale Transformation – verschärfen den „Absolutismus der Wirklichkeit“, wenn erstens die private Lebenssphäre leichthin öffentlich wird, wenn zweitens die Fernbeeinflussung scheinbar unaufhaltbar sowie intransparent zunimmt und wenn drittens das Öffentliche zunehmend privat wird, weil es individualisierte Identitätswünsche in Frage stellte.

Als Reaktion auf dieses Zusammentreffen von aktuellen Verwerfungen und Zumutungen lebensexistenzieller Konflikte beobachten wir den Abschied aus der Gesellschaft und die Hinwendung zur Gemeinschaft, zur Ideologie, zu engen Glaubenskreisen, zu abgeschlossenen Echokammern. Mythen und Erzählungen verlieren aber durch Abgeschlossenheit ihre positive Leistung zur Bewältigung der individuellen Lebenswirklichkeit und zur Gestaltung der Öffentlichkeit. Mythen wirken dann nicht mehr als Ergänzung von Wissenschaft, Technik und rationaler Gestaltung des öffentlichen Raums, sondern als deren bedrohungsvoller Ersatz. Es geht nicht mehr um die Annäherung der Lebenssphäre an die Welt, sondern um deren, auf Angst, Abschottung und Feigheit beruhende, moralisch-narrative Beherrschung.

Moralisierung und Macht

Unsere Tendenzwende, ihre Kennzeichen und Konsequenzen sind für die Universität nicht belanglos. Wir müssen auch hier die Folgen der verstärkt aufkeimenden negativen Aspekte des Mythos sehen und bewerten, vor allem mit Blick auf daraus abgeleitete exklusive

Machtansprüche. Die Moralisierung – nicht die Moral – ist nun der regressive und durchaus wirkungsvolle Versuch, unter dem Deckmantel der Distanzschaffung den alleinigen Deutungsanspruch für diese Distanz zur absoluten Wirklichkeit für sich zu reklamieren. Aus der Haltung, ein Gewissen – eine Moral – zu haben, wird der Anspruch, das Gewissen zu sein und über Moralisierung zum immunisierten Tribunal gegenüber jeden zu werden und Macht zu gewinnen. So erleben wir die Einkehr der Moralisierung auch in die Universität unter dem Deckmantel der Modernisierung. Drei Konkretisierungen dazu:

- Da wird die politische Korrektheit als vermoralisierte Ideologie leicht zur Gängelung der Wissenschaftsfreiheit, wenn vermeintliche Mehrheitsmeinungen den Raum für abweichenden Positionen verengen. Schnell ist man dann in einer Welt digital gewebter Anschwärzung, wie es beispielsweise an der Humboldt-Universität im Falle des Politikwissenschaftlers Herfried Münkler öffentlich wurde. Kritik kehrte sich hier durch bornierte Ahnungslosigkeit aus einem produktiven Beitrag in eine beliebige Sanktionierung. Doch wenn der Raum für freie, spontane Rede verengt wird, dann gefährden wir den Wesenskern der Universität.¹⁵
- In ähnlicher Weise wirkt, was seit kurzem unter der Überschrift des "Trigger-Warning" die universitäre Programmhoheit gefährdet. Wenn Ovids „Metamorphosen“ – wie an der Columbia-University im Jahr 2015 – quasi auf den Index geraten, weil öffentlich die vermutete Verletzung individueller Identität zum Verbotstatbestand reift, Hochschulen im vorausseilenden Gehorsam handeln und unausgesprochen den Studierenden damit Unmündigkeit attestieren, dann ist die Axt nicht mehr zu übersehen, die an die Wissenschaftsfreiheit angesetzt wird. Es droht zugleich die Fragmentierung der Gesellschaft, wenn die dahinterstehenden individualisierten Identitätsdiskurse den Blick auf das Gemeinsame verstellen und so die Gemeinschaft wiederum vor die Gesellschaft rücken.
- Schließlich beobachten wir, wie aus dem Wunsch, gesellschaftliche Diversität zu erfor-

schen und zu verstehen, der hochmütige Anspruch wird, gesellschaftsgestaltend nicht durch Ergebnisse der Forschung, sondern durch ein moralisch sanktioniertes universitäres Vorbild zu sein: Die Forschung wird nur akzeptiert, wenn sie selbst lebt, was sie analysiert, und wenn sie die gesellschaftliche Transformation moralisch sanktioniert betreibt. Intentionale respektive normativ absichtsvolle Wissenschaft kann man dies nennen. Das ist mehr als das genannte Dilemma, das ist dessen Ausbeutung. Der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen spricht von „transformativer Wissenschaft“.¹⁶ Mit der dafür „nachhaltigen Universität“ würden indes die Eigengesetzlichkeit der Wissenschaft und die Autonomie der Hochschule – die Grundlagen der verfassungsrechtlichen Wissenschaftsfreiheit¹⁷ – durch einen ganz spezifisch verengten Dienst an der Gesellschaft eingeschränkt.¹⁸ Die Herausforderung für die Universität besteht nun darin, die Freiheit zu leben und zu verteidigen, ohne folgenlos zu sein.

Enttäuschung und Kontrollverlust

Die besondere gesellschaftliche Kraft der Moralisierung resultiert in unserer Zeit nun daraus, dass der Überdruß an der Wissenschaft leichtes Spiel hat. Denn die multiplen Krisen, die wir in kurzer Zeitspanne seit der Jahrtausendwende erleben durften, lassen sich ohne großen argumentativen Aufwand als Enttäuschung zuvor gegebener wissenschaftsfundierter Effizienzversprechen deuten:

- Die 2007 begonnene Finanzmarktkrise als Enttäuschung neoklassischer Effizienzprosa,
- die 2009 eskalierte Weltwirtschaftskrise als Enttäuschung des keynesianischen Optimismus einer dauerhaft spannungsfreien Wirtschaftsentwicklung,
- die Euro-Staatsschuldenkrise ab 2010 als Enttäuschung des Versprechens wirksamer Marktsanktion bei regelwidriger Budgetpolitik in einzelnen Mitgliedsstaaten,
- der Strom von Flüchtlingen 2015 als Enttäuschung des Sicherheitsglaubens in einer Welt offener Grenzen und Märkte sowie

- die seit 2017 deutlich erkennbar werdende Erschöpfung unserer Globalisierung als Enttäuschung des Versprechens, ein Systemwettbewerb drohe nach dem Fall des Eisernen Vorhangs nicht mehr und der transatlantische Wertekonsens lasse sich ohne eigene normative Positionierung globalisieren.

In unserer saturierten und an Stabilität gewöhnten Gesellschaft greift die Enttäuschung tief, weil es nicht um ein Versagen oder Fehleinschätzen hier und da am Rande des Geschehens geht, sondern um die Gestaltung des Großen und Ganzen, dort, wo die wissenschaftliche Fundierung jedem grundsätzlich einleuchtet und wo deshalb ein Überdruß an der Wissenschaft originär gar nicht angelegt ist. Wie weit doch Hans Blumenberg vorausschaute, als er in einem Textfragment über eine „Akademie zur Verarbeitung von Enttäuschungen der Vernunft“ räsionierte.¹⁹ Es mag sein, dass in nicht allzu ferner Zeit eine solche Akademie zum selbstverständlichen Repertoire der Universität wird.

Denn die Enttäuschungen über nicht eingelöste Versprechen entfalten ihre gesellschaftliche Wirkung ja nicht nur aus sich heraus, sondern weil sie mit Verlufterfahrungen oder Verlustwahrnehmungen bei vielen Menschen zusammentreffen. Das gilt ganz besonders für die Finanzkrise 2009 und die Fluchtkrise 2015, die beide in der Wahrnehmung vieler Betrachter ja nicht nur gewaltige finanzielle Anstrengungen und Verteilungskonflikte verursachten, sondern einen eklatanten Kontrollverlust des Staates offenbarten. Die unerfüllte Hoffnung der Versprechen wiegt deshalb umso schwerer.

Akademisierungsverlierer und Ökonomisierung

Halten wir inne und halten wir fest: Unverändert begründen Dilemmata Überdruß an der Wissenschaft, und zwar in Zeiten einer gesellschaftlich-politischen Tendenzwende. Dies offenbart unsere existenzielle Konfliktlage angesichts des „Absolutismus der Wirklichkeit“, der uns trotz aller Anstrengungen in der Moderne fordert und aktuell eine besondere Schärfe durch die digitale Transformation erfährt. Wir verlieren die positive

Kraft der Mythen, und wir erleben einen Drang in enge Gemeinschaften. Dies und die Krisenerfahrungen seit dem Jahr 2000 befördern vielfältig die Moralisierung, die den Kern universitärer Autonomie – ihre Freiheit – bedroht.

Doch: Bedrängnis erfährt die Universität aber auch von anderer Seite, indem die Ökonomisierung sich schleichend als unvermeidlich erweist, weil die Hochschulen zum Standard unseres Bildungssystems werden. Immer mehr Angehörige eines Jahrgangs streben den Hochschulzugang an, was sich mit dem politischen, von der OECD sanktionierten Ziel deckt und als Ausdruck freier Entscheidung auch gar nicht kritisiert werden soll. Lag die Quote der Studienberechtigten im Jahr 1985 bei gut 22 Prozent, so erreichte sie im Jahr 2016 gut 52 Prozent. Die Universität wird aus einem exklusiven Minderheitsreservat zu einem inklusiven Mehrheitsversprechen. Dabei werden diejenigen völlig unzureichend beachtet und gewürdigt, die der Akademisierung nicht folgen und nun als gefühlte Minderheit andere Wege, vor allem den der praktischen beruflichen Bildung oder den der Gründung eines Unternehmens, als nicht gleichwertig empfinden müssen. So entstehen *Akademisierungsverlierer*, und zwar ganz ohne eigenes Zutun.

- Die Akademisierung verursacht für die Nicht-Teilnehmer eine relative Abwertung, obgleich ihre Kompetenzentwicklung in der beruflichen Bildung unverändert gleichermaßen wie in der akademischen Bildung vielversprechend sein kann, was jüngst sogar die OECD betonte.²⁰ Der britische Journalist David Goodhart hat den Abwertungseffekt für das Vereinigte Königreich beschrieben: „... when between a third and a half of one's generational peers are going to university or working in the better-rewarded, high productivity top 40 per cent of the economy, it becomes inevitable that people will start to look down on more basic jobs.“²¹

- Außerdem entstehen Akademisierungsverlierer dadurch, dass wegen eines Überangebots oder einer Fehlspezifikation Hochschulabsolventen ihre beruflichen sowie einkommensmäßigen Erwartungen nicht realisieren können und weit unterhalb ihrer Kompetenzeinstufung tätig werden. Dies beobachten wir

bereits in Gesellschaften, in denen die Hochschule der einzig akzeptierte Bildungsweg nach der allgemein bildenden Schule ist – so in den Vereinigten Staaten, aber zunehmend auch in den chinesischen Wachstumszentren, wo die politisch gesetzten Akademisierungsziele Produktionsketten nicht mehr vollständig ermöglichen.

Antworten auf diese Verschiebungen müssen auch die Hochschulen geben, indem sie ihre Rolle in der Gesellschaft breiter verstehen, die Verzahnung mit beruflicher Bildung sowie unternehmerischer Existenz unverkrampfter und innovativer suchen, die Zugänglichkeit für Quereinsteiger verbessern und Angebote für jene machen, die zunächst außen vor stehen. Die Hochschule als Standardlösung muss sich bewusster als in Zeiten des exklusiven Minderheitsreservats offen im Gefüge des gesamten Bildungsangebots und nicht nur als dessen Krönung verorten. Die Idee einer „Akademie zur Verarbeitung von Enttäuschungen der Vernunft“ gewinnt damit zusätzliche Relevanz und gesellschaftliche Dringlichkeit. Das zu verkennen, kann die Wissenschaftsfreiheit gefährden, wenn der Überdruß – der nach dieser Analyse viele Quellen hat – ein Auseinanderdriften von Wissenschaft und Gesellschaft befördert. Die gesellschaftliche Einhegung der wissenschaftlichen Programmdefinition ist hier die drohende Reaktion.²²

Die Hochschulen nicht mehr nur als Anker unseres Bildungs- und Forschungssystems zu sehen, sondern als Standardlösung, hat daneben noch eine weitere Konsequenz, nämlich die schon erwähnte Ökonomisierung. Man kann die Ökonomisierung der Hochschulen als unvermeidlich ansehen, wenn man das System zum Mehrheitsversprechen macht. Steuergeld sinnvoll einzusetzen, sollte selbstverständlich sein; die Steuerbürger haben es verdient. Doch im Falle der Universität verlangt dies die Bereitschaft zum detailbezogenen Kontrollverzicht durch das Parlament oder besser noch einen unlimitierten Vertrauensvorschuss: Es verlangt einerseits Geduld mit Blick auf den Zeithorizont der reinen, ohne erkennbare Anwendungsmöglichkeiten ausgestatteten sowie der erfinderisch-anwendungsorientierten Grundlagenforschung. Es ver-

langt andererseits die Gelassenheit, Fehlschläge hinzunehmen und möglicherweise die Erträge der nachfolgenden Generation zu gönnen. Der Grundsatz effizienter Mittelverwendung ist für diesen Bereich staatlicher Finanzierung anders zu deuten.

Es ließen sich nun ausgiebig die ökonomischen Besonderheiten des Systems Wissenschaft, vor allem der offenen Wissenschaft wie sie bei der Grundlagenforschung gilt, erörtern und die Feststellung begründen, dass der Preismechanismus hier keine effektive Steuerungswirkung entfalten kann. Doch all dies ist hinreichend geschehen und im Grundsatz wenig strittig.²³ Eigentlich geht es um die Frage, wie bedingungslos das Einkommen der Wissenschaftler und letztlich die Finanzierung der Hochschulen sein kann. Im Grunde setzt man darauf, dass die Transparenzverpflichtung offener Wissenschaft und die daraus folgenden Reputationsrisiken für eine Qualitätssicherung sorgen. Und im Grunde erwartet man ein intrinsisches Verantwortungsbewusstsein, das über die eigene Tätigkeit hinausweist.

Berechtigte und unberechtigte Erwartungen der Gesellschaft an die Universität

Moralisierung und Ökonomisierung gefährden die Universität, die in ihrem Tun von der Wissenschaftsfreiheit geprägt und getragen wird. Unbeantwortet bleibt die Frage, welche Erwartungen die Gesellschaft trotz alledem an ihre Hohen Schulen haben darf. Wenn der Vertrauensvorschuss zeitlich und sachlich unbegrenzt sein soll, dann wird die Universität sich nicht der Aufgabe entziehen können, ihr Tun öffentlich zwar nicht zu rechtfertigen, doch einzuordnen und zu erklären. Inhaltlich ist unsere Verfassung vom unbegrenzten Vertrauensvorschuss geprägt. Denn zur Forschungsfreiheit heißt es in Artikel 5 Absatz III GG seit Inkrafttreten: „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.“ Andreas Voßkuhle hat es bei gleichem Anlass an dieser Stelle vor zwei Jahren so formuliert: „Der Kerngedanke des Grundrechts ist die Anerkennung der Eigengesetzlichkeit des wissenschaftlichen Lebens, die Offenheit für Entwicklungen und Neuerungen

sowie unterschiedliche Strömungen. ... In diesem Freiraum des Wissenschaftlers herrscht absolute Freiheit von jeder Ingerenz öffentlicher Gewalt.“²⁴

In Artikel 5 Absatz III GG heißt es aber auch: „Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.“ Bei der Lehre hat man offenkundig diese Kondition als begründet erachtet. Angesichts der historischen Erfahrung mit der akademischen Welt und ihrem umfanglichen Elitenversagen beim Zusammenbruch der Weimarer Demokratie leuchtet dies unmittelbar ein. Doch das, was lange nur eine historische Reminiszenz war, das gewinnt angesichts der Veränderungen in unserer Gesellschaft und deren politischer Entäußerung wieder an Bedeutung.

Angesichts einer auch verängstigten gesellschaftlichen Mitte dürfte diese Entwicklung über Moralisierung weiter zur Bedrängnis der Freiheit werden, denn die erwähnten Enttäuschungen wissenschaftsfundierter Leistungsversprechen geben leicht den Vorwand, sich den sachlichen Erwägungen zu entziehen. Ein politischer Diskurs, der aus ideologischen Motiven den Experten leichter Hand negiert, leistet dabei tätige Mithilfe. Gemeint ist damit nicht nur Donald Trump, sondern zum Beispiel der Umgang mit dem Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsminister zur „sozialen Wohnungspolitik“.²⁵

Die Antwort der Wissenschaft kann nicht in täglichen Bekenntnissen zur Verfassung liegen. Und wie dünn das Eis ist, auf dem sich Wissenschaftler mit normativen Orientierungen für die Öffentlichkeit bewegen, ließ Ende September dieses Jahres der 52. Deutsche Historikertag mit seiner „Resolution zu gegenwärtigen Gefährdungen der Demokratie“ erahnen.²⁶ Wer jetzt das universitäre Lehramt moralisch und politisch ausgestaltet, der wird schnell erleben, dass auch bei guter Absicht der Schritt zur „intentionalen Wissenschaft“ schnell getan ist, von anderen dann selbstverständlich zu anderen Zeiten gefordert wird und die Umkehr schwerfällt. „Treue zur Verfassung“ bedeutet viel mehr nichts anderes, als die Offenheit des Diskurses, die Klarheit der Unterscheidung zwischen Sachurteil und Werturteil bei niveau-

voller Sprache zu pflegen, die Moralisierung von innen und außen abzuwehren sowie der „Tyrannei des Wahrscheinlichsten“ durch Erzeugung des Zweifels und Enttarnung von Vorurteilen eine klare und unmissverständliche Absage zu erteilen.²⁷

Wissenschaft und ihre dominante Heimstatt, die Universität, sind wegen ihrer verfassungsrechtlich anerkannten Eigengesetzlichkeit ein zentraler Hort der sogar absoluten Freiheit. Diese Funktion in einer Zeit profilierten Überdrusses an der Wissenschaft und gesellschaftlich-politischer Verwerfungen zu halten, wird umso besser gelingen, wenn – wie es hier in Gießen selbstverständlich geworden ist – die Universität sich als Institution für die Gesellschaft und in der Gesellschaft versteht. Das hilft im Umgang mit den eingangs beschriebenen Dilemmata. Denn es bewahrt vor Illusionen über einen naiven Wahrheitsanspruch sowie die Werturteilsfreiheit der Wissenschaft. Es stärkt die Hochschule für jenen gesellschaftlichen Diskurs, der ansonsten über Moralisierung leichtin Gefahr läuft, sich selbst in ihr gegen Freiheit und Offenheit zu wenden und so die positive Kraft der Mythen gänzlich zu verlieren.

Dazu gehört natürlich die öffentliche Würdigung wissenschaftlicher Exzellenz, zu der wir heute vor allem zusammengekommen sind. Solche Leistung ist nur möglich, wenn man die Freiheit als Einladung zur „Pflege des Unselbstverständlichen“²⁸ und als Absage an die „Tyrannei des Wahrscheinlichsten“ versteht. Unsere Gesellschaft gedeiht letztlich nur auf der dafür vorauszusetzenden Freiheit der Forschung gegenüber Staat und Kollektiven, gegenüber Vorurteilen und Moralisierung.

Es gibt dazu keine Alternative, die nicht in die Unmündigkeit und Unfreiheit führt. Das ist es, worum es heute geht, und angesichts der Profilierung der politischen Extreme rechts wie links mehr als wir vor kurzem uns noch vorstellen konnten: Die Bedrohung der Freiheit in Verantwortung durch Angst, Hilflosigkeit und Borniertheit angesichts des „Absolutismus der Wirklichkeit“, durch Abschottung gegen das Fremde und Neue, durch einen Mangel an Haltung und durch den Verlust des „freundschaft-

lichen Gesprächs“ im öffentlichen Raum (Hannah Arendt).

Umso mehr gilt unsere Anerkennung den Früchten der Freiheit. Mein herzlicher Glückwunsch gilt den diesjährigen Preisträgerinnen und Preisträgern. Sie sind dieser Einladung zur „Pflege des Unselbstverständlichen“ so beharrlich und überzeugend gefolgt, dass Sie der Freiheit – wie viele andere davor und hoffentlich danach – durch wissenschaftliche Exzellenz ihren besonderen Sinn vermittelt und dem Überdruß an der Wissenschaft wieder einmal den Boden entzogen haben.

Mein Dank gilt Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit.

Professor Dr. Michael Hüther

Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft

Anmerkungen:

¹ Hans Blumenberg: Wissensüberdruß, in: ders., Die Sorge geht über den Fluß. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1987, S. 72.

² Vgl. Jürgen Mittelstraß: Die Universität und ihre Gesellschaft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Juli 2018; Peter Strohschneider: Zur Politik der Transformativen Wissenschaft, in: André Brodacz et al (Hrsg.): Die Verfassung des Politischen, Wiesbaden: Springer 2014, S. 175–192.

³ Blumenberg, Die Sorge geht über den Fluß, S. 73 f.

⁴ Hans-Werner Sinn: Auf der Suche nach der Wahrheit, München: Herder, Februar 2018, S. 583.

⁵ BVerfGE 35, 79, 113.

⁶ Vgl. Markus Gabriel: Der Sinn des Denkens. Berlin: Ullstein, 2018, S. 195 ff.

⁷ Wirtschaftswoche Nr. 15 vom 4. 4. 2015, S. 35.

⁸ Vgl. Andreas Rödder: 21.0: Eine kurze Geschichte der Gegenwart. München: C.H. Beck, 2015.

⁹ Hans Blumenberg: Legitimität der Neuzeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1966, erweitert 1988, S. 135.

¹⁰ Helmuth Plessner: Grenzen der Gemeinschaft. Eine Kritik des sozialen Radikalismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2002 (1924).

¹¹ Vgl. Odo Marquard: Der angeklagte und entlastete Mensch in der Philosophie des 18. Jahrhunderts. In: ders., Abschied vom Prinzipiellen. Stuttgart 1981, S. 39 ff.

¹² Odo Marquard: Entlastung vom Absoluten. In: ders., Philosophie des Stattdessen. Stuttgart: Reclam 2000, S. 112 ff.

¹³ Hans Blumenberg: Lebenszeit und Weltzeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1986, S. 183.

¹⁴ Hans Blumenberg: Arbeit am Mythos. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1986, S. 13, 424.

¹⁵ „Professorenkritik. Die Mitsprache beim Sprechverbot“, von Magnus Klaue. Aktualisiert am 16. 6. 2015, <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/forschung-und-lehre/evaluation-an-universitaeten-fuehrt-zur-denunziati-on-13636718.html>; ferner: Nils Markwardt: Münkler und die Detektive, <https://www.zeit.de/kultur/2015-05/herfried-muenkler-rassismus-debatte> vom 16. 5. 2015.

¹⁶ Vgl. Uwe Schneidewind und Mandy Singer-Brodowski (Hrsg.): Transformative Wissenschaft: Klimawandel im deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystem, Marburg: Metropolis, 2. Aufl., 2014.

¹⁷ Andreas Voßkuhle: Wissenschaftsfreiheit im Spiegel der Verfassung, in: GUB, Bd. 50, 2017, S. 39 f.

¹⁸ Vgl. Jürgen Mittelstraß: Die Universität und ihre Gesellschaft; Peter Strohschneider: Zur Politik der Transformativen Wissenschaft, S. 176 (Risiko einer Politik der Depolitisierung), 182 ff.

¹⁹ Hans Blumenberg: Die Vollzähligkeit der Sterne. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1997, S. 505.

²⁰ Vgl. OECD: Education at a Glance 2018: OECD Indicators. Paris: OECD Publishing 2018, S. 70 ff.

²¹ David Goodhart: The Road to Somewhere. The Populist Revolt and the Future of Politics, London: Hurst & Company 2017, S. 152.

²² Vgl. Peter Strohschneider: Zur Politik der Transformativen Wissenschaft, S. 183.

²³ Vgl. Max Albert: Wissenschaftlicher Wettbewerb. In: Gießener Universitätsblätter, Bd. 48, 2015, S. 29–37.

²⁴ Andreas Voßkuhle: Wissenschaftsfreiheit im Spiegel der Verfassung, S. 39 f.

²⁵ Vgl. <https://www.bmw.de/Redaktion/DE/Publikationen/Ministerium/Veroeffentlichung-Wissenschaftlicher-Beirat/gutachten-wissenschaftlicher-beirat-soziale-wohnungspolitik.html>

²⁶ Vgl. „Zur Kritik der Resolution des Historikertages in Münster“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. Oktober 2018, Seite N3 (Geisteswissenschaften) und vom 17. Oktober 2018, Seite N3 (Geisteswissenschaften).

²⁷ Sloterdijk: Streß und Freiheit, S. 58.

²⁸ Blumenberg: Die Sorge geht über den Fluß, S. 60.